

# «Fataler Zeitverlust»: Private sollen Drohnen abschiessen dürfen

- 30.03.2026
- 20min.ch / 20 Minuten Online
- Christina Pirskanen

Um Bedrohungen schneller abzuwehren, sollen auch zivile Betreiber kritischer Infrastrukturen Drohnen aus dem Himmel holen dürfen. Das fordert eine breite Allianz im Parlament – doch es gibt Skeptiker. Darum gehts Eine breite Polit-Allianz fordert, dass private Betreiber Drohnen abschiessen dürfen. Dies soll bei akuter Bedrohung kritischer Infrastrukturen geschehen. SVP-Nationalrat Thomas Hurter sieht im Warten auf Polizei oder Armee einen fatalen Zeitverlust.

Drohnen könnten in dieser Zeit grossen Schaden anrichten. Andere Parlamentarier sind skeptisch. Sie sehen die Drohnenabwehr als staatliche Aufgabe. In den vergangenen Monaten häuften sich Drohnensichtungen bei kritischen Infrastrukturen. So musste etwa der Flughafen Berlin mehrmals den Flugverkehr aufgrund von Drohnenaktivität einstellen.

Die Schweizer Armee will bei der Abwehr solcher Drohnen nun aufs Gaspedal treten. Doch für SVP-Nationalrat Thomas Hurter reicht das nicht aus. Er fordert in einem Vorstoss, dass nicht nur Militär und Polizei, sondern auch zivile – also private – Betreiber kritischer Infrastrukturen die Befugnis erhalten sollen, bei «akuter und unmittelbarer Drohnenbedrohung» Abwehrmassnahmen ergreifen zu dürfen. «Fataler» Zeitverlust durch Warten auf Polizei und Armee Damit alles mit rechten Dingen zu und hergeht, fordert der Sicherheitspolitiker eine Zertifizierung für autorisiertes Personal – und nach jedem Einsatz solle eine «unverzügliche Meldepflicht mit detaillierter Dokumentation zur rechtlichen Prüfung» gelten. Er argumentiert, dass Drohnenbedrohungen den Betrieb kritischer Infrastrukturen innert Minuten gefährdeten.

Zwar priorisiere die Armee Abwehrsysteme – «zivile Betreiber bleiben jedoch schutzlos». Die heutige Rechtslage beschränke die Abwehr fast ausschliesslich auf Polizei und Armee. Müssen die Betreiber aber zuerst auf die Sicherheitskräfte warten, führe dies zu «fatalen» Zeitverlusten. «Bis zu einem Einsatz vergeht viel Zeit, in der die Drohne entkommt oder Schaden anrichtet», argumentiert Hurter. Zahlreiche Mitunterzeichnende aus fast allen Parteien Hurters Vorstoss erhält viel Zustimmung: Ganze 39 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus der SVP, FDP, Mitte, GLP und SP haben ihn mitunterzeichnet.

SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf ist eine davon. Sie argumentiert, dass zivile kritische Infrastrukturen immer häufiger Ziele von Drohnenangriffen seien. Davor seien auch Infrastrukturanlagen in der Schweiz nicht gefeit. «Ich befürchte, dass wertvolle Zeit verloren gehen könnte, wenn man Betreiber von kritischen Infrastrukturen nicht befähigt, in einem klar definierten Rahmen selber Sofortmassnahmen zwecks Schadensverhinderung ergreifen zu können», sagt die Sicherheitspolitikerin. Parteikollegin skeptisch: «Müssen zuerst Zuständigkeitschaos beseitigen» Die Idee überzeugt jedoch nicht alle Mitglieder der Sicherheitskommission des Nationalrats.

SP-Nationalrätin Linda De Ventura erklärt, dass sie sich eine Mitunterzeichnung des Vorstosses lange überlegt habe – und sich dagegen entschied. «Das Anliegen ist wichtig: Wir müssen uns überlegen, wie wir kritische Infrastrukturen schützen und welche Kompetenzen Private dabei haben sollen», so die Schaffhauserin. Doch der Vorstoss sei ihr zu unkonkret. «Es ist nicht ersichtlich, welche Kompetenzen genau an die Betreiber übertragen werden sollen. Werden dann schwer bewaffnete private Sicherheitsleute eingesetzt?» Grundsätzlich ist De Ventura der Meinung, dass die Drohnenabwehr staatliche Aufgabe bleiben solle.

Deshalb habe sie auch selbst einen Vorstoss eingereicht, damit «endlich» die Zuständigkeit bei Drohnenbedrohungen unterhalb der Kriegsschwelle klar geregelt werde. «Wir müssen zuerst dieses Zuständigkeitschaos beseitigen», so die SP-Nationalrätin. Sie schliesst nicht aus, Hurters

Vorstoss zu unterstützen – sobald die Ziele etwas klarer seien. Mitte-Nationalrat fordert restriktive Handhabung Auch für Mitte-Nationalrat Martin Candinas ist es wichtig, dass sich die Politik angesichts der aktuellen Bedrohungen mit dieser Thematik auseinandersetzt – doch er zeigt sich ebenfalls skeptisch. «Auf den ersten Blick scheint mir diese Forderung interessant.

Wie diese aber praktisch umgesetzt werden kann, ohne das Gewaltmonopol des Staates zu verletzen, ist für mich fraglich», sagt der Sicherheitspolitiker. Sollte die Schweiz diesen Weg beschreiten, müsste die Handhabung sehr restriktiv erfolgen und generelle Fragen zur Regulierung privater Sicherheitsdienste müssten beantwortet werden, fordert der Bündner..